



## **Flüchtlinge in Frankfurt**

### **Stellungnahme der Evangelischen Regionalversammlung am 02.12.2015**

Weiterhin sucht eine große Zahl von Menschen, die auf der Flucht sind, in unserem Land Schutz und Hilfe. Viele von ihnen sind auch in Frankfurt angekommen.

Die Regionalversammlung bekräftigt die Erklärung der Evangelischen Synode „Flüchtlinge in Frankfurt“ vom 31.03.2014.

Es ist eine grundlegende Aufgabe der Kirche, für verfolgte, gefährdete und Schutz bedürftige Menschen einzutreten, gemäß dem biblischen Gebot: „Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst“ (3. Mose 19,34) sowie dem Wort Jesu: „Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt.25, 35).

Wir wissen uns dabei einig mit vielen Menschen in Politik und Gesellschaft, die sich für die Aufnahme der Flüchtlinge einsetzen, sie Willkommen heißen und konkret unterstützen.

Wir respektieren, wenn Menschen Sorgen und Ängste äußern, ob Staat und Gesellschaft die Herausforderungen durch eine große Zahl von Menschen, die Zuflucht suchen, bewältigen können.

Wir lehnen es ab, wenn öffentlich Stimmung gemacht wird gegen Menschen, die Zuflucht suchen, indem zum Beispiel von „Flüchtlingsströmen“ oder „Lawinen“ gesprochen wird.

Die Regionalversammlung dankt den vielen ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeitenden aus den Gemeinden und den Einrichtungen des Evangelischen Regionalverbandes, die sich in hohem Maße für die Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen engagieren.

Wir bitten alle, sich nicht entmutigen zu lassen, wenn in den politischen und gesellschaftlichen Debatten direkt oder indirekt das Recht jedes Menschen auf Schutz und Hilfe in Frage gestellt wird.

Wir erwarten, dass von den Landesbehörden und den städtischen Ämtern alles getan wird, damit insbesondere Familien mit Kindern so schnell wie möglich die Massenquartiere in Sporthallen verlassen können und ihnen Wohnungen und Einzelunterkünfte zugewiesen werden.

Ebenso soll bei der Ausgestaltung der vorläufigen Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern und beim Wechsel zu den aufnehmenden Landkreisen das Kindeswohl oberste Priorität genießen.

Wir sind überzeugt, dass Integration nur durch nachhaltige Willkommensstrukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. Jugendbildung und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt) gelingen kann. Mit unseren Gemeinden und Einrichtungen werden wir uns am Ausbau solcher Strukturen, auch durch zivilgesellschaftliche Netzwerke in den Stadtteilen, verlässlich beteiligen.

Die Regionalversammlung begrüßt deshalb die Entscheidung der Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vom 27.11.2015, in erheblichem Maß Kirchensteuermittel bereitzustellen, um in kirchlichen Einrichtungen, Beratungsstellen und Kindertagesstätten ein dauerhaftes Angebot zur Förderung der Integration von Flüchtlingen auszubauen.

Wir erwarten von Bund, Land und Stadt Unterstützung bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe.

Wir wissen aus unserer praktischen Arbeit für und mit Flüchtlingen, dass Mitarbeitende, Einrichtungen und Gemeinden dabei auch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten und ihrer Kraft kommen. In dieser Situation können wir auf Gott und seine Hilfe vertrauen, und bitten um seinen Segen und um Gelingen für das, was wir in Kirche und Gesellschaft jetzt zu bewältigen haben.